

Wien, am 29. März 2017

PRESSEINFORMATION

Mietrechtsgesetz- der unendlich Zankapfel

Die von der SPÖ ausgesendete Presseinformation zum Thema Mietrecht lässt erkennen, dass die SPÖ leider die Realität nach wie vor völlig ausblendet!

Es stimmt, dass 42 Prozent aller Haushalte in einem gemieteten Objekt wohnen. Es stimmt aber auch, dass davon 60 Prozent im Gemeinde-Sozialbau oder Genossenschaftsbau wohnen. Nur dort wohnen nur 22 Prozent der sozial Bedürftigen. Jene Wohneinheiten, die ausschließlich von den Steuerzahlern finanziert werden (nur zur Erinnerung die Staats-, bzw. Landes- und Gemeindeeinnahmen kommen nach wie vor von den Steuerzahlern!).

„Daher ist es unredlich, den privaten Mietmarkt dafür verantwortlich zu machen, dass sozial Bedürftige am privaten Mietsektor schwer eine für sie leistbare Wohnung finden. Das herzustellen, ist nicht Aufgabe der privaten Investoren! So lange der Mietadel (wie auch der BM für Justiz treffend im Parlament ausgeführt hat) geschützt wird, Bedürftige von der öffentlichen Hand kaum Wohnungen zugewiesen erhalten und permanente Eingriffe in die rechtlichen Grundlagen erfolgen, darf man sich nicht wundern, dass die zur Vermietung stehenden Wohneinheiten immer weniger werden. „Wir appellieren an die Vernünftigen in diesem Land endlich mit diesem sinnlosen Klassenkampf aufzuhören und sich im Sinne einer vernünftigen Lösung der Realität zu stellen und mit allen Betroffenen faire Gespräche zu führen, die zu mehr Wohnraum und nicht zu weniger Wohnraum führen“, so Dr. Wolfgang Louzek, Präsident des Verbandes der institutionellen Immobilieninvestoren.

Rückfragehinweis: Mag. Karin Keglevich-Lauringer
Schriftführerin des VII
Special Public Affairs PR-Beratung & Lobbying GmbH
Goldschmiedgasse 8/8, 1010 Wien
Tel +43 1 532 25 45 10, +43 664 3380834
Email: keglevich@spa.co.at